

Konflikt in Berlin: Uni blockiert Containerdorf für Flüchtlinge

Proteste gegen Flüchtlingscontainer am Unigelände in Berlin-Dahlem. Kontroverse um geplantes Containerdorf auf 260 Quadratmetern. Bröckelt die woke Fassade?

Das brachliegende Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das der Senat für die Errichtung eines Containerdorfs für 260 Flüchtlinge vorgesehen hat, stößt auf Widerstand, insbesondere an der Freien Universität (FU). Die Hochschulleitung fühlt sich übergangen und betont, dass sie nicht in die Entscheidungsprozesse eingebunden wurde. Obwohl die FU grundsätzlich bereit ist, geflüchtete Menschen zu unterstützen, weist sie darauf hin, dass das betreffende Grundstück für eigene Bauprojekte benötigt wird und bereits kurzfristige Unterstützung in der Vergangenheit geleistet hat.

Die FU schlägt vor, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben leerstehende Gebäude am Standort Thielallee 92 für Flüchtlingsunterkünfte nutzt, da dies die eigenen Baupläne nicht beeinflussen würde. Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Broemme, betont, dass die Unterbringung von Flüchtlingen auf brachliegenden Flächen wie der Thielallee 63 eine vorübergehende Maßnahme darstellen könnte und bittet um eine zeitliche Angabe für den Baubeginn des geplanten Gebäudes.

Anfang März genehmigte der Senat die Errichtung von 16 weiteren Containerdörfern, um dem akuten Mangel an Wohnraum für Flüchtlinge entgegenzuwirken. Der Regierende

Bürgermeister Wegner erklärte, dass obwohl es schwierig war, eine Einigung zu erzielen, weitere Standorte für die Containerdörfer erforderlich sind. Die geplanten Standorte konzentrieren sich vorwiegend auf den Ostteil der Stadt, wobei einzelne Bezirke wie Pankow bereits einen hohen Anteil an geflüchteten Menschen aufnehmen und nun zusätzliche Belastungen erfahren.

Trotz Spott und Kritik im Netz bezüglich des Widerstands der FU gegen das Containerdorf auf dem Unigelände zeigen sich unterschiedliche Ansichten zur Problematik. Während einige die Notwendigkeit weiterer Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge betonen, wird die FU für ihre ablehnende Haltung in den sozialen Medien stark kritisiert. Der Konflikt verdeutlicht die Herausforderungen bei der Suche nach geeigneten Flächen für die Unterbringung von Flüchtlingen in Berlin.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de